

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50
Fax: 0611/ 98 99 5-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 23. April 2020

Ausländerbeiräte, HGO Änderung und Optionsmodell

Regierungsfraktion ohne Einsicht

Landesausländerbeirat widerspricht Grünen-Landtagsfraktion

Der Vorsitzender des Landesausländerbeirats, Enis Gülegen, hat heute der Landtagsfraktion der Grünen widersprochen, dass das geplante Optionsmodell eine Verbesserung der politischen Beteiligung von Migrant*innen in Hessen sei.

Gülegen: „Das Gegenteil ist der Fall. Der Gesetzentwurf ebnet den Weg zur Abschaffung der demokratischen und gewählten Ausländerbeiräte. Er entmündigt vielmehr, keinesfalls stärkt er die Ausländerbeiräte!“

Die erneute Positionierung der Grünen aus Anlass der erneuten Beratung des Gesetzentwurfs im Innenausschuss zeige, wieviel der Fraktion Beteiligung wirklich wert ist. „Gegen den Widerstand der Betroffenen, der Zivilgesellschaft, der eigenen Parteibasis und den überwiegenden Empfehlungen in der ersten Anhörung im Innenausschuss, bleibt die Fraktion unbeirrbar bei ihrer Position. Demokratie geht anders!“

Gülegen: „Mit dem Gesetz stärken die Regierungsfaktionen die Gegner*innen der politischen Beteiligung von Migrant*innen durch eigene Vertretungen. Sie stärken diejenigen in den Kommunen, die schon immer den Ausländerbeirat als lästiges demokratisches Gremium, das auch noch ein wenig Geld kostet, loswerden wollten. Demokratie geht anders!“